

Belarus: Gefährdung für regierungskritische Personen bei der Rückkehr

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 15. März 2024

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2024 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Gefährdung regierungskritischer Rückkehrender	4
2.1	Repression gegen regierungskritische Personen	4
2.2	Entzug der Staatsbürgerschaft und Restriktionen bei Pass- und Ausweisverlängerungen für Personen im Exil	6
2.3	Verhaftung von Rückkehrenden	7
3	Quellen	9

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse ist die folgende Frage entnommen:

- Gibt es Informationen, dass regierungskritische Personen nach längerem Auslandsaufenthalt bei einer Rückkehr gefährdet sein können?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Belarus seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Gefährdung regierungskritischer Rückkehrender

2.1 Repression gegen regierungskritische Personen

Weiterhin Repression gegen regierungskritische Menschen. *Human Rights Watch* (HRW, 2024b) berichtet im aktuellen Jahresbericht, dass auch im Jahr 2023 regierungskritische Menschen in Belarus regelmässig unterdrückt wurden. Anfang 2024 befanden sich knapp 1500 Menschen aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen in Gefängnissen, darunter Menschenrechtsverteidigende, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen, Oppositionspolitiker*innen, Kulturschaffende, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen. Zwischen Oktober 2022 und September 2023 wurden nach Angaben der führenden belarussischen Menschenrechtsorganisation Viasna² mehr als 400 Personen wegen politisch motivierter Anklagen verurteilt, und weitere 3300 sahen sich mit politisch motivierten verwaltungsrechtlichen Klagen konfrontiert (HRW, 2024b). Ein Artikel von *Associated Press* (AP) weist darauf hin, dass auch regierungskritische Kirchenmitglieder zum Ziel staatlicher Massnahmen wurden. In den letzten drei Jahren wurden nach Angaben von Viasna mindestens 74 Geistliche verhaftet, zu Geldstrafen verurteilt oder deportiert (AP, 23. Februar 2024).

Falsche Anklagen, um regierungskritische Menschen strafrechtlich zu verfolgen. Die Behörden verwenden eine Vielzahl falscher Anklagepunkte, um ihre Kritiker*innen strafrechtlich zu verfolgen, darunter «Verleumdungs»-Klagen wegen Beleidigung des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, der belarussischen Regierung oder staatlicher Symbole, «Aufstachelung zur Feindschaft» gegen die «soziale Gruppe der Polizeikräfte» oder «gewalttätige Handlungen oder Gewaltandrohung gegen Polizeikräfte». Die Behörden erheben auch häufig Vorwürfe im Zusammenhang mit «Extremismus» und «Terrorismus» gegen Kritiker*innen, die beispielsweise kritische Kommentare in sozialen Medien publizieren, «extremistischen» Telegram-Kanälen folgen oder ein weiss-rot-weisses Tattoo haben (HRW, 2024b).

¹ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>.

² Das Menschenrechtszentrum Viasna ist eine renommierte nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation, die 1996 während der Massenproteste der demokratischen Opposition in Belarus gegründet wurde. Das Hauptziel von Viasna ist, zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus beizutragen, die auf der Achtung der Menschenrechte basiert. Viasna, About Viasna, Webseite, ohne Datum (Zugriff am 15. März 2024): <https://spring96.org/en/about>.

Anwält*innen von politischen Gefangenen unter Druck. Ende Februar 2024 haben die belarussischen Behörden bei Massenrazzien laut einem Artikel von AP (12. März 2024) mindestens zwölf Anwält*innen verhaftet. Laut Viasna wurden mindestens 23 Anwält*innen seit 2020 in Haft gesetzt, nachdem sie politische Gefangene verteidigt hatten. Mehr als 500 Anwält*innen hätten zudem ihre Anwaltslizenz verloren und seien aus dem Beruf ausgestiegen. Laut Viasna sei es immer schwieriger, eine*n Anwält*in für politische Gefangene zu finden. Im belarussischen Rechtssystem sei laut dem Artikel von AP eine Verurteilung so gut wie sicher, sobald eine Anklage erhoben wurde, aber die Verteidiger*innen spielen immer noch eine wichtige Rolle. Sie versuchten sicherzustellen, dass ein Fall nicht übereilt abgeschlossen wird und die rechtlichen Verfahrensabläufe eingehalten werden, und sie dienten zudem als wichtige Vermittelnde zwischen den Gefangenen und ihren Familien (AP, 12. März 2024).

Bestrafung von Familienangehörigen. Im Jahr 2023 führten die Behörden bei Familienangehörigen von politischen Gefangenen willkürliche Durchsuchungen durch. Die Behörden nahmen sie willkürlich fest, verhörten und schikanierten sie. Im Januar 2023 verurteilte ein Gericht in Brest Daria Losik wegen «Unterstützung extremistischer Aktivitäten» zu zwei Jahren Haft, nachdem sie dem unabhängigen Sender Belsat, den die belarussischen Behörden als extremistisch eingestuft hatten, ein Interview über ihren inhaftierten Ehemann, den bekannten Blogger und Journalisten Ihar Losik, gegeben hatte. Nach ihrer Verurteilung wurde die vierjährige Tochter der Losiks in die Obhut ihrer Grosseltern gegeben (HRW, 2024b).

Folter und Misshandlungen. Zwang zu Reuevideos. Die Behörden setzen politische Gefangene häufig in Isolationshaft, foltern und misshandeln sie in anderen Formen (HRW, 2024a). Während des gesamten Jahres 2023 waren politische Gefangene laut *Human Rights Watch* bei kurzzeitigen Verhaftungen und in der Haft, auch in der Untersuchungshaft und in Strafkolonien, Folter und Misshandlungen ausgesetzt. Die Strafverfolgungsbehörden zwingen politische Häftlinge routinemässig in entwürdigenden «Reuevideos» aufzutreten, bei denen sie gezwungen wurden, ihre «Verbrechen» vor der Kamera zu gestehen. Politische Gefangene werden nach Angaben von *Human Rights Watch* wegen angeblicher Verstösse gegen die Strafvollzugsvorschriften geschlagen und willkürlich in Strafzellen eingesperrt. Die angeblichen Verstösse dienen dabei als Vorwand für eine härtere Behandlung im Gefängnis. *Human Rights Watch* beobachtet, dass die Behörden gegen politische Gefangene zunehmend neue strafrechtliche Anklagen einreichen, unter anderem wegen Verstössen gegen die Gefängnisvorschriften, was zu aufeinander folgenden langen Haftstrafen führt (HRW, 2024b).

Unzureichende medizinische Versorgung in Haftanstalten. Die unzureichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten hat laut *Human Rights Watch* im Jahr 2023 bei einigen Gefangenen zu ernststen gesundheitlichen Problemen geführt, darunter die wichtige Oppositionspolitikerin Maria Kalesnikava und der oppositionelle Präsidentschaftskandidat Viktor Babaryka, die beide zu einer dringenden Operation in ein Krankenhaus eingeliefert wurden, nachdem ihnen in der Haft eine angemessene Behandlung verweigert worden war. Mindestens zwei politische Gefangene starben 2023 aufgrund unbehandelter Krankheiten hinter Gittern (HRW, 2024b).

2.2 Entzug der Staatsbürgerschaft und Restriktionen bei Pass- und Ausweisverlängerungen für Personen im Exil

Entzug der Staatsbürgerschaft von belarussischen Staatsangehörigen im Exil. Im Juli 2023 traten Gesetzesänderungen zum Staatsbürgerschaftsgesetz in Kraft, die es dem Präsidenten Alexander Lukaschenko ermöglichen, belarussischen Staatsangehörigen im Ausland die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie wegen «Beteiligung an einer extremistischen Organisation» oder «schwerer Schädigung der Interessen von Belarus» verurteilt wurden. Dies ist möglich, auch wenn sie in Abwesenheit verurteilt wurden (HRW, 2024b). Nach belarussischem Recht können belarussische Staatsangehörige im Exil ohne Garantien für ein faires Verfahren in Abwesenheit verurteilt werden (HRW, 2024a).

Keine Pass- und Ausweisverlängerung mehr im Ausland möglich. Besonders regierungskritische Menschen, die «nicht sicher bei einer Rückkehr sind», von Folgen betroffen. Risiko der Verhaftung bei Rückkehr. Im Laufe des Jahres 2023 unternahmen die belarussischen Behörden laut *Human Rights Watch* mehrere wichtige Schritte, um belarussische Staatsangehörige im Exil als Vergeltung für ihren Aktivismus ins Visier zu nehmen und zu versuchen, sie zu diskreditieren. Im September 2023 hob Belarus die Befugnis der Konsulate und diplomatischen Vertretungen auf, Pässe oder Ausweise von belarussischen Staatsangehörigen im Ausland auszustellen, zu ersetzen oder zu verlängern (HRW, 2024a). Der Erlass schränkt laut dem *UN Office of the High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) auch andere konsularische Dienstleistungen ein, darunter die Erteilung von Vollmachten zur Vertretung bei Immobilientransaktionen in Belarus. Die UNO-Expert*innen warnten, dass die Massnahme die Menschenrechte von belarussischen Staatsangehörigen, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, weiter einschränken werde. So werde unter anderem das Recht auf Geburtenregistrierung und die Verleihung der Staatsangehörigkeit für im Ausland geborene Kinder beeinträchtigt. Die Massnahme diskriminiere alle im Ausland lebenden belarussischen Staatsangehörigen und beeinträchtige ihre Rechte auf Bildung, Gesundheit, Heirat, Freizügigkeit und Zugang zur Justiz im Gastland. Der Erlass des belarussischen Präsidenten wird sich nach Einschätzung von UNO-Expert*innen auf Hunderttausende von belarussischen Staatsangehörigen im Ausland auswirken, insbesondere auf diejenigen, die im Exil leben. Speziell wird sich dies nach Einschätzung der UNO-Expert*innen auf diejenigen auswirken, die aufgrund der massiven Repressionen nach den Präsidentschaftswahlen 2020 gezwungen waren, aus dem Land zu flüchten, darunter auch friedliche Demonstrierende (OHCHR, 2023). *Human Rights Watch* ortet für belarussische Staatsangehörige im Exil das Risiko der Staatenlosigkeit und berichtet, dass der Erlass einige Betroffene zur Rückkehr nach Belarus gezwungen habe, wo sie willkürlich verhaftet und aus politisch motivierten Gründen verfolgt wurden (HRW 2024a). Nach Einschätzung von UNO-Expert*innen sind diese regierungskritischen Menschen nicht sicher bei einer Rückkehr. Das Dekret stelle einen Missbrauch von Sicherheitsmassnahmen dar und sei Teil einer vorsätzlichen Politik, um regierungskritische belarussische Staatsangehörige im Exil für ihre vermeintliche politische Illoyalität zu bestrafen. Nach Einschätzung der UNO-Expert*innen wären diese belarussische Staatsangehörige im Exil bei einer Rückkehr nach Belarus «einem hohen Verfolgungsrisiko ausgesetzt» (OHCHR, 2023).

2.3 Verhaftung von Rückkehrenden

Verhaftung von Rückkehrenden. Die belarussischen Behörden haben im Jahr 2023 weiterhin Menschen im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten aus dem Jahr 2020 inhaftiert und strafrechtlich verfolgt, darunter auch einige, die aus dem Ausland nach Belarus zurückgekehrt sind (HRW, 2024b). Die *renommierte belarussische Menschenrechtsorganisation Viasna* berichtete im Januar 2024, dass im Jahr 2023 mindestens 207 Personen nach Grenzkontrollen festgenommen wurden. Neben belarussische Staatsangehörigen waren auch Bürger*innen der Ukraine, Litauens und Russlands darunter. Fast alle Festgenommenen wurden zu tagelangen Haft- und Geldstrafen verurteilt, weil sie Nachrichten unabhängiger Medien veröffentlicht, «Hooliganismus» betrieben oder «Streikposten» mit nationalen Symbolen aufgestellt hatten. Mindestens 18 von ihnen wurden aufgrund von Strafrechtsartikeln verurteilt, zwölf von ihnen wurden in eine Strafkolonie geschickt (Viasna, 2024). Ein Jahr früher berichtete *Viasna*, dass nach Angaben des staatlichen Grenzkomitees im Jahr 2022 52 Personen bei der Einreise nach Belarus wegen «extremistischer» Äusserungen festgenommen wurden. Den Daten von *Viasna* zufolge wurden jedoch im Jahr 2022 mindestens 58 belarussische Staatsangehörige nach dem Grenzübertritt verhaftet. Mindestens zehn von ihnen waren bis Februar 2023 bereits zu Haftstrafen und vier zu Hausarrest verurteilt worden, andere warteten damals noch auf ihren Prozess. Menschenrechtsaktivist*innen seien zudem Fälle bekannt, in denen die Strafverfolgungsbehörden Pässe und andere Dokumente einiger inhaftierter Personen beschlagnahmt haben, um sie an der Ausreise zu hindern (Viasna, 2023).

Verhaftungen von Rückkehrenden wegen Fotos von Protesten im Jahr 2020, Spenden, Kommentaren in sozialen Medien, «extremistischen» Beiträgen, Fotos mit weiss-rot-weissen Symbolen, die auf Handys und Social-Media-Seiten gefunden werden, und Fotos von Solidaritätsaktionen im Ausland. Der Grund für die Verhaftungen der Rückkehrenden seien laut *Viasna* (2024) Fotos von Protesten im Jahr 2020, Spenden, Kommentare in sozialen Medien, «extremistische» Beiträge, Fotos mit weiss-rot-weissen Symbolen, die auf Handys und Social-Media-Seiten gefunden werden, und sogar Fotos von Solidaritätsaktionen im Ausland. Die Sicherheitskräfte finden die Fotos, Beiträge oder Kommentare in den sozialen Medien, wenn sie an der Grenze die Telefone der Betroffenen überprüfen (Viasna, 2024).

Verhaftungen der Rückkehrenden an Grenze, an Busbahnhöfen oder zuhause. *Viasna* hat Kenntnis davon, dass die meisten Menschen nach ihrer Rückkehr aus Litauen festgenommen werden. Kontrollen und Festnahmen werden laut *Viasna* aber auch an allen funktionierenden Kontrollpunkten durchgeführt, auch an der Grenze zu Russland. Sicherheitskräfte holen belarussische Staatsangehörige aus Shuttlebussen heraus, greifen sie an Bus- oder Eisenbahnhöfen auf oder kommen nach der Rückkehr zu ihnen nach Hause. Findet die Festnahme direkt am Kontrollpunkt statt, wird die Person in der Regel vor der Gerichtsverhandlung in die nächstgelegene Polizeidienststelle gebracht, wo ein Bericht gegen sie erstellt wird. Zusätzlich zu den Festnahmen werden Einreisende laut *Viasna* täglich verhört. Menschenrechtsaktivist*innen haben Kenntnis, dass die Zollbehörden oder der belarussische Geheimdienst KGB zum Beispiel auf ukrainische Stempel im Pass achten würde. Auch diejenigen, die in der sogenannten BESporiadki-Datenbank der Sicherheitskräfte erfasst seien, würden verhört. In dieser Datenbank sind laut *Viasna* die Daten aller Festgenommenen nach Beginn der Proteste im Jahr 2020 gespeichert (Viasna, 2024).

Fragwürdige staatliche Programme, die Rückkehrenden vermeintliche «Sicherheit» vor-täuschen. Verhaftungen von Personen, die diese Programme genutzt haben. Im Jahr

2023 kündigte Lukaschenko laut *Viasna* die Einrichtung einer interparteilichen Kommission für die Arbeit mit belarussischen Rückkehrenden an, die von Generalstaatsanwalt Andrej Shved geleitet werden sollte. Laut Shved hätte die Kommission diejenigen, die nach Belarus zurückkehren wollen, mitgeteilt, ob sie zurückkehren könnten, ohne ins Gefängnis zu kommen. Angeblich sollte die Kommission jede einzelne antragstellende Person sorgfältig prüfen, um zu verhindern, dass «Extremist*innen und Terrorist*innen» nach Belarus einreisen. Die Überprüfung würde «auf der Grundlage der im Strafverfolgungssystem verfügbaren Informationen» erfolgen. Die Kommission hat nach Angaben von *Viasna* ihre Arbeit bereits Ende 2023 wieder eingestellt. Ende 2021 riefen die Sicherheitskräfte das Programm «Way Home» ins Leben, das angeblich «denjenigen, die das Land verlassen haben, eine folgenlose Rückkehr ermögliche». Zugleich seien den belarussischen Staatsangehörigen bestimmte Bedingungen gestellt worden, unter denen sie zurückkehren könnten. Dieses Programm war laut *Viasna* bis Ende 2022 in Kraft. Menschenrechtsverteidigenden sind laut *Viasna* mindestens drei Fälle bekannt, in denen trotz der «Vereinbarungen» Strafverfahren gegen zurückgekehrte Personen eingeleitet wurden. So wurde das Programm «Way Home» von Tatsiana Kurylina, der Administratorin eines Protestchats, genutzt. Nach der Rückkehr wurde sie entgegen der vorgewaukelten «Sicherheit» aufgrund von zwölf Artikeln des Strafgesetzbuchs zu viereinhalb Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Ebenfalls im November 2023 wurde Ihar Nemirovich, ein 30-jähriger Einwohner von Brest, der nach einem Antrag bei der Rückkehrkommission nach Belarus zurückkehrte, verurteilt. Er wurde gemäss Artikel 368 Teil 1 des Strafgesetzbuchs (Beleidigung Lukaschenkos) zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Gleichzeitig erkannte das Gericht den Antrag bei der Kommission nicht als «unbestreitbare Grundlage für den Schluss auf seine Reue» an. Im Dezember 2023 veröffentlichte die staatliche Propaganda ein Interview mit Tatsiana Sobal, die Berichten zufolge ebenfalls über die Kommission nach Belarus zurückgekehrt war. Die Frau wurde gezwungen, darüber zu sprechen, wie schlecht sie sich im Ausland fühlte und wie sie «dem Einfluss erlag» und an den Protesten im Jahr 2020 teilnahm. Tatsiana wartet aktuell auf ihren Prozess; sie wird nach Artikel 342 des Strafgesetzbuchs angeklagt. Sie ist aktuell gegen Kautions frei (*Viasna*, 2024).

Einige Beispiele von im Jahr 2023 verhafteten Rückkehrenden. *Viasna* hat mehrere Fälle von Rückkehrenden, die im Jahr 2023 verhaftet wurden, detailliert dokumentiert.

- Katsiaryna Brukhanava wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten in einer Strafkolonie verurteilt. Sie ist ukrainische Staatsbürgerin und stammt ursprünglich aus der Stadt Cherson. Sie studierte in China, machte 2015 ihren Abschluss an der dortigen Universität und zog 2016 nach Belarus, wo sie als Übersetzerin aus dem Chinesischen arbeitete. Am 25. Juli 2023 wurde Brukhanava beim Überschreiten der belarussischen Grenze festgenommen. Die Sicherheitskräfte haben angeblich gesehen, dass sie am 30. März 2022 zwei Videos an den Chatbot der Zerkalo-Redaktion geschickt hat, die den Transport von russischer Militärausrüstung in der Nähe von Minsk zeigen.
- Kiryl Hniazdzilau wurde zu acht Jahren in einer Strafkolonie verurteilt. Er arbeitete seit 2007 bei der Polizei, die er im August 2020 verliess, um in der IT-Branche zu arbeiten. Der Einwohner von Brest wurde direkt an der Grenze festgenommen, als er aus Polen zurückkehrte, um seine Frau und seine Kinder zu besuchen. Der Fall wurde in sechs Gerichtssitzungen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Laut *Viasna* wurde der Fall mit dem regierungskritischen, aber von Regierungskräften infiltrierten, Telegram-Channel «Black Book of Belarus» in Verbindung gebracht. Am 3. August 2023 wurde er vor dem Bezirksgericht Brest nach zwei Artikeln des Strafgesetzbuches verurteilt.

- Aliaksandra Kasko wurde am 19. Dezember 2023 zu bis zu zehn Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Sie wurde nach ihrer Rückkehr aus Polen Anfang Februar 2023 inhaftiert. Sie wurde nach acht Artikeln des Strafgesetzbuchs verurteilt, unter anderem wegen «Beteiligung an einer extremistischen Vereinigung» und «Unterstützung extremistischer Aktivitäten». Noch vor dem Prozess wurde sie auf die «Liste der Terrorist*innen» und die «Liste der Extremist*innen» gesetzt.
- Anastasiya Petrachenka wurde zu drei Jahren in einer Strafkolonie verurteilt. Sie zog von Belarus nach Polen, als der russische Einmarsch in die Ukraine begann. Im Nachbarland versuchte sie, von ihrem belarussischen Bankkonto eine Spende in Höhe von 16,71 US-Dollar an das Kalinoŭski-Regiment (militärischer Verband aus belarussischen Freiwilligen, der in die ukrainischen Streitkräfte eingegliedert ist) zu überweisen, doch die Transaktion war nicht erfolgreich. Später beschloss Petrachenka, nach Belarus zurückzukehren, wo sie inhaftiert wurde.
- Aliaksandr Kulikou wurde zu vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der Einwohner von Mahilioŭ war im Jahr 2023 wegen politischer Verfolgung ins Ausland gegangen, doch später versprachen ihm die Sicherheitskräfte, dass er bei seiner Rückkehr nicht inhaftiert werden würde. Daraufhin wurde er im Juni 2023 bei seiner Rückkehr aus Polen direkt an der Grenze festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Zwei Monate später wurde er wegen Äusserungen in «extremistischen» Chatrooms verurteilt. In der Folge wurde er erneut verurteilt, weil er versucht hatte, sich dem Kalinoŭski-Regiment in der Ukraine anzuschliessen, und weil er sich «für die Teilnahme an extremistischen Aktivitäten ausbilden liess».
- Pavel Mazheika und Yuliya Yurhilevich wurden zu sechs Jahren in einer Strafkolonie verurteilt. Mazheika und Yurhilevich wurden gemäss Artikel 361-4 Teil 2 des Strafgesetzbuchs wegen «sonstiger Unterstützung extremistischer Aktivitäten, die von einer Gruppe von Personen nach vorheriger Vereinbarung wiederholt begangen wurden» angeklagt.
- Kanstantsin Salamiyuk wird im Rahmen eines Strafverfahrens in einer Untersuchungshaftanstalt festgehalten. Der Software-Ingenieur aus Brest lebte zuletzt in Polen. Er wurde im Oktober 2023 unter Berufung auf Artikel 369 (Beleidigung eines Behördenmitglieds) des Strafgesetzbuchs festgenommen. Im November 2023 wurde ein «Reuvidео» mit dem Mann veröffentlicht, in dem er sagte, dass er wegen «zahlreicher beleidigender Kommentare» festgenommen wurde (Viasna, 2024).

3 Quellen

AP, 12. März 2024:

« Authorities also have detained lawyers who provided legal assistance to political prisoners and their families over the past four years. The latest wave of arrests in which 12 defense lawyers were detained took place on Feb. 28 in many Belarusian cities, but have come to light only in recent days. Rights activists do not know how many of the detained lawyers remain behind bars. [...] Viasna said that since 2020, there have been at least 23 cases of lawyers being detained after defending people that the group believes have been arrested for political reasons. More than 500 lawyers have lost their law licenses and left the profession. Facing repression in Belarus, many have gone abroad. Pavel Sapelka, a human rights activist with Viasna, told The Associated Press that it is becoming increasingly difficult to find a lawyer for political prisoners. [...] In the Belarusian legal

system, convictions are a near-certainty once charges have been filed, but defense lawyers still play an important role. They try to make sure a case is not rushed to a conclusion and that legal procedures are followed, and they serve as important conduits between detainees and their families.» Quelle: Associated Press (AP), Belarus authorities recently detained 12 lawyers who helped political prisoners, rights groups say, 12. März 2024: <https://apnews.com/article/belarus-crackdown-lawyers-detained-269f3c82cf08c7f15db910338f67f4c5>.

AP, 23. Februar 2024:

«Barok is among dozens of clergy — Catholic, Orthodox and Protestant — who have been jailed, silenced or forced into exile for protesting the 2020 election that gave Lukashenko a sixth term. That disputed vote triggered mass demonstrations, beatings of protesters and a crackdown on dissent — tensions that increased in 2022, when Belarus ally Russia invaded Ukraine. [...] The pro-Kremlin Lukashenko, who lashed out against any church officials siding with the protesters, last month signed into law a measure requiring all religious organizations in the country of 9.5 million to reregister with authorities or face being outlawed if their loyalty to the state is in doubt. Anastasiia Kruope, a Human Rights Watch researcher for Europe and Central Asia, said the law gives authorities “more tools and possibilities for repressions.”

In the last three years, at least 74 clergy have been arrested, fined or deported, according to the Viasna human rights center, even before the new law took effect.

“It’s clear that the number of priests subject to repression will grow, (as the government tries) to force the church’s loyalty,” Barok told The Associated Press. “The authorities want to demonstrate to the Vatican their unlimited power within Belarus.”

The media-savvy priest had over 7,000 followers on YouTube before he was visited by security operatives who had a search warrant, and he chose exile in Poland over arrest.» Quelle: Associated Press (AP), Belarus cracks down on clergy who supported protests of its authoritarian leader, 23. Februar 2024: <https://apnews.com/article/belarus-lukashenko-clergy-protests-priests-crackdown-786b4befc88857a32fc265e30508d24b>.

HRW, 11. Januar 2024a:

«Belarusian authorities carried out a widespread and systematic crackdown on dissent and on the spread of information about rights abuses during 2023, Human Rights Watch said today in its World Report 2024.

The Belarusian government targeted human rights defenders, journalists, lawyers, opposition politicians, culture workers, trade unionists, activists, and other people perceived to disagree with the official agenda. In early November, at least 1,462 people were behind bars on politically motivated charges according to the leading Belarusian rights group Viasna. [...] Over the past year, Belarusian authorities took several major steps to target Belarusians in exile in retaliation for their activism and to attempt to discredit them. In July, legislative amendments to the citizenship law entered into force, allowing authorities to strip Belarusians abroad of their citizenship, even if they have no other citizenship, if they had been convicted on charges of “participation in an

extremist organization” or “grave harm to the interests of Belarus.” Under Belarusian law, exiled Belarusians can be tried in absentia with no fair trial guarantees.

In September, Belarus abolished the authority of consulates and diplomatic missions to issue, replace, or extend passports or identification cards of Belarusians abroad. This exposed exiled Belarusians to risk of statelessness and forced some to return to Belarus, where they faced arbitrary arrest and prosecution on politically motivated grounds.

The authorities used a variety of bogus charges to prosecute alleged critics. Such charges included “defaming” Aliaksander Lukashenka, the head of the country, or the Belarusian government or state symbols, and “extremism” and “terrorism.”» Quelle: Human Rights Watch (HRW), Belarus: Crackdown Amid Growing Information Vacuum, 11 January 2024: <https://www.ecoi.net/en/document/2103287.html>.

HRW, 11. Januar 2024b:

« In 2023, widespread repression of government critics in Belarus continued. At time of writing, almost 1,500 people remained behind bars on politically motivated charges, including human rights defenders, journalists, lawyers, opposition politicians, culture workers, trade unionists, and activists. Authorities increasingly subjected political prisoners to incommunicado detention, torture, and other forms of ill-treatment.[...] Between October 2022 and September 2023, according to leading Belarusian human rights organization Viasna, more than 400 people were sentenced on politically motivated criminal charges, and another 3,300 faced politically motivated administrative charges. At time of writing, Viasna’s count of political prisoners was 1,462.

Authorities used a variety of bogus charges to prosecute their critics, including “defamation” charges over insulting Aliaksandr Lukashenka or Belarusian government or state symbols, “inciting enmity” against the “social group of law enforcement officers,” or “violent acts or threat of violence against law enforcement officers.” Authorities also widely used charges related to “extremism” and “terrorism” against critics for actions such as leaving critical comments on social media, following “extremist” Telegram channels, or having a white-red-white tattoo.

Belarusian authorities continued detaining and prosecuting people in connection with peaceful protests in 2020, including some who returned to Belarus from abroad.

[...]

In 2023, authorities subjected family members of political prisoners to arbitrary searches, detentions, interrogations, and other forms of harassment. In January, a court in Brest sentenced Daria Losik to two years’ imprisonment on charges of “aiding extremist activity” over an interview she gave about her incarcerated husband, a popular blogger and journalist, Ihar Losik, to independent broadcaster Belsat, which Belarusian authorities had labeled extremist. Her sentencing left the Losiks’ 4-year-old daughter in the care of her grandparents. [...]

Throughout 2023, political prisoners continued to face torture and ill-treatment during short-term arrests and in detention, including in pre-trial custody and penal colonies. Law enforcement officers routinely subjected detainees in politically motivated cases to the degrading practice of “repent videos,” forcing them to confess their “crimes” on

camera. [...] Political prisoners face beatings and arbitrary confinement in punishment cells for supposed violations of penitentiary regulations that are then used as a pretext for harsher prison treatment. Increasingly, political prisoners face new criminal charges, including for violating prison rules, resulting in consecutive lengthy prison sentences.

Lack of health care in penitentiary facilities has led to serious health issues for some detainees, including key opposition figure Maria Kalesnikava and opposition presidential candidate Viktor Babaryka, both of whom were admitted to a hospital for urgent surgery after being denied adequate care in custody. At least two political prisoners died behind bars in 2023 due to untreated illness.

[...]

In July, legislative amendments to a 2002 citizenship law entered into force, allowing the president to strip Belarusians abroad of their citizenship if convicted of “participation in an extremist organization” or “grave harm to the interests of Belarus,” including those convicted in absentia.

In September, Aliaksandr Lukashenka signed a decree abolishing the authority of consulates and diplomatic missions to issue, replace, or extend passports or identification cards of Belarusians abroad, making it obligatory for them to travel to Belarus. This exposes people to a risk of politically motivated prosecution upon their return and impedes their basic human rights abroad. » Quelle: Human Rights Watch (HRW), World Report 2024 - Belarus, 11. Januar 2024: <https://www.ecoi.net/en/document/2103152.html>.

OHCHR, 2023:

« A presidential decree in Belarus ordering its consulates to stop renewing or extending passports will impact hundreds of thousands of Belarusians abroad, especially those living in exile, UN experts* warned today. The decree also limits other consular services, including the establishment of power of attorney for representation in property transactions in Belarus.

“The decree will specifically impact those who were compelled to flee the country due to mass repression in the aftermath of the 2020 presidential election including peaceful protesters. They cannot return safely to Belarus,” the experts said. “In fact, the decree constitutes a misuse of security measures and is part of a deliberate policy to punish Belarusian exiles, including human rights defenders, journalists and members of the opposition for their perceived political disloyalty,” they said.

“If these exiles returned to Belarus, they would be exposed to high risk of persecution,” the experts said, urging Belarusian authorities to withdraw the decree and conduct consular services as set out in the 1963 Vienna Convention on consular relations.

The measure will impose further restrictions on the human rights of Belarusians who are unable to return to their homeland, including the right to birth registration and granting of nationality for babies born overseas, the experts warned. It discriminates against all Belarusians living abroad, adversely impacting their rights to education, health, marriage, freedom of movement and access to justice in host countries, they

added. » Quelle: UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), Belarus: Presidential decree denying consular services puts Belarusians abroad at risk, 20 September 2023: <https://www.ecoi.net/en/document/2097531.html>.

Viasna, 2024:

« According to human rights activists of Viasna, in 2023, at least 207 people were detained after border checks. Besides Belarusians, there were citizens of Ukraine, Lithuania, and Russia among them. Almost all the detainees were sentenced to days of arrest and fines for reposting news from independent media, "petty hooliganism", or for "picketing" with national symbols. And at least 18 of them were convicted under criminal articles, 12 of which were sent to a penal colony. Viasna has collected all known information about the persecution of people returning to Belarus from abroad. [...]

After crossing the border with Belarus, according to estimates by human rights activists of Viasna, at least 207 people were detained for political reasons. But note that this figure may be much higher due to the lack of complete data.

The reason for the persecution may be photos from protests in 2020, donations, comments on social media, "extremist" reposts, photos with white-red-white symbols that are found on phones and social media pages, and even photos from solidarity actions abroad. Security forces find them on social media when checking phones at the border. It is known that most people are detained after returning from Lithuania, but checks and detentions are carried out at all working checkpoints, including on the border with Russia. Security forces take Belarusians off shuttle buses, meet them at bus or railway stations, or come to their homes after the return. If the detention takes place right at the checkpoint, then the person is usually placed in the nearest police department before the trial, where a report is drawn up against them.

Every day, in addition to detentions, those who enter the country are interrogated. Human rights activists know that customs officers or the KGB pay attention, for example, to Ukrainian stamps in the passport. Also, those who are included in the BESporiadki database of the security forces go through interrogations. The data of all detainees after the start of the protests in 2020 is stored in that database.

[...]

Last year, Lukashenka announced a "major decision" to create an interdepartmental commission to work with Belarusian immigrants, which will be headed by Prosecutor General Andrei Shved. According to Shved, the commission will tell those wishing to return to Belarus whether they can return without going to jail. Allegedly, the commission was supposed to carefully study each of the applicants in order to prevent "extremists and terrorists" from entering Belarus. The verification will take place "based on the information that is available in the law enforcement system." The Commission ceased its work at the end of 2023.

At the end of 2021, the security forces created the Way Home program, which allegedly "allows those who left to return without consequences." At the same time, Belarusians are given certain conditions under which they can do this. This program was in effect until the end of 2022.

But human rights defenders are aware of at least three cases when, despite the "agreements", criminal cases were initiated against people.

For example, the Way Home program was used by the administrator of protest chats Tatsiana Kurylina. But in the end, she was sentenced to four and a half years in a penal colony under 12 articles of the Criminal Code.

Also in November 2023, Ihar Nemirovich, a 30-year-old Brest resident who returned to Belarus through an appeal to the Return Commission was convicted. He was sentenced to one year of imprisonment under Part 1 of Article 368 of the Criminal Code (insulting Lukashenka). At the same time, the court did not recognize the appeal to the commission as "an indisputable basis for concluding his repentance."

And in December 2023, propagandists published an interview with Tatsiana Sobal, who reportedly also returned to Belarus through the Commission. The woman was forced to talk about how she felt bad abroad and how she "succumbed to influence" and participated in protests in 2020. As a result, Tatsiana is awaiting trial; she is charged under Article 342 of the Criminal Code. She is free on bail.

*Which detainees are currently imprisoned and how can you support them
We publish the stories of some of them.*

Katsiaryna Brukhanava — two years and six months in a penal colony.

Кацярына Бруханова

Katsiaryna is a citizen of Ukraine, originally from the city of Kherson. She studied in China, graduated from the university there in 2015, and in 2016 moved to Belarus, where she worked as a translator from Chinese.

On July 25, 2023, Brukhanava was detained while crossing the Belarusian border. The security forces allegedly saw that on March 30, 2022, she sent two videos to the chatbot of the Zerkalo editorial office showing the movement of Russian military equipment near Minsk.

[...]

*Kiryl Hniazdzilau — eight years in a penal colony
gniazdzilau.jpeg*

Kiryl has been working in the police since 2007, which he quit in August 2020 and moved to work in the IT. The Brest resident was detained right at the border when he returned from Poland to visit his wife and children.

The case was considered behind closed doors during six court sessions. It is known that the case is associated with the Black Book of Belarus. On August 3, 2023, he was convicted in the Brest Regional Court under two articles of the Criminal Code.

[...]

*Aliaksandra Kasko — 10 years in a penal colony.
Аляксандра Каско*

On December 19, the Hrodna Regional Court sentenced the political prisoner to up to ten years in a penal colony. She was detained upon her return from Poland in early February 2023.

She has been convicted under eight articles of the Criminal Code, including for "participating in extremist formation" and "facilitating extremist activities." Even before the trial, Aliaksandra was added to the "list of terrorists" and the "list of extremists."

[...]

*Anastasiya Petrachenka — three years in a penal colony
Анастасія Петрачэнка*

Anastasiya moved from Belarus to Poland after the start of Russia's full-scale invasion to Ukraine. While in the neighboring country, she tried to make a donation from her Belarusian bank account to Kalinoŭski Regiment in the amount of 16.71 US dollars, but the transaction was not successful.

Later, the political prisoner decided to return to Belarus, where she was detained.

[...]

*Aliaksandr Kulikou — four years and six months
Аляксандр Кулікоў у прапагандыцкім фільме*

The Mahilioŭ resident went abroad last year because of political persecution, but later the security forces promised him that if he returned, he would not be imprisoned. As a result, the political prisoner was detained in June 2023 upon his return from Poland right at the border and placed in a pre-trial detention center.

Two months later, he was convicted for comments in "extremist" chat rooms. Recently, Aliaksandr was convicted again for trying to join Kalinoŭski Regiment in Ukraine, as well as for "undergoing training to participate in extremist activities."

[...]

*Pavel Mazheika and Yuliya Yurhilevich — six years in a penal colony
pavel-mazheika_julija-jurhilevicz.jpg*

The political prisoners were charged under Part 2 of Article 361-4 of the Criminal Code for "other assistance to extremist activities committed repeatedly by a group of persons by prior agreement". The case was considered in the Hrodna Regional Court by judge Maksim Filatau.

According to the materials of the case, Yuliya gave Pavel information about the decision to disbar her, as well about the consideration of a criminal case against Ales Pushkin

and the imposition of punishment on him. The prosecution was sure that Mazheika had transmitted this data for publication on Belsat.

[...]

Kanstantsin Salamiyuk is held in a pre-trial detention center as part of a criminal case salamiuk.jpg

Kanstantsin is a software engineer from Brest, who recently lived in Poland. He was detained in October 2023 under Article 369 (insulting a representative of the government) of the Criminal Code.

In November 2023, a "penitential" video with the man was released, where he said that he was detained for "numerous offensive comments." Quelle: Viasna, At least 207 detained upon return to Belarus: current statistics from Viasna for 2023, 11. Januar 2024: <https://spring96.org/en/news/113911>.

Viasna, 2023:

« According to the State Border Committee, 52 people were detained on "extremist" charges when entering Belarus last year. But according to Viasna's data, at least 58 Belarusians were arrested after crossing the border in 2022 and 2023. Of these, at least 10 have already been sentenced to imprisonment, four to home confinement, and several others are awaiting trials. The most "lucky" ones were held administratively responsible and served weeks in detention. Human rights activists are also aware of cases of law-enforcement officers seizing passports and other documents of some detained individuals to prevent them from leaving the country. The authorities have recently started a campaign on "inviting" Belarusians who had left in the last years to return home, promising they will not be persecuted provided they make an official confession and show repentance. However, a woman who decided to use the "The Way Home" program is now facing up to 15 years in prison.» Quelle: Viasna, At least 58 arrested at border crossings when returning to Belarus, 5. Februar 2023: <https://spring96.org/en/news/110653>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.